

Von der Euphorie zur Entfremdung

Wechselhafte Beziehungen zwischen der Schweiz und Israel: Einst bewunderten Schweizer Linke das Land, nun sind es die Rechten.

Christoph Bernet

«In Basel habe ich den Judenstaat gegründet», schrieb Theodor Herzl am 3. September 1897 in sein Tagebuch. Drei Tage zuvor war der von ihm organisierte erste Zionistenkongress zu Ende gegangen. Sein Ziel, für das jüdische Volk eine «Heimstätte» in Palästina zu schaffen, erreichte Herzl während seiner Lebzeiten nicht mehr. Er starb 1904. Doch mit seinem Wirken schuf er eine wesentliche Voraussetzung für die Gründung des Staats Israel am 14. Mai 1948.

Die offizielle Schweiz tat sich zunächst schwer im Umgang mit dem neuen Staat – möge er auch in Basel gegründet worden sein. Das beschreiben die Historiker Sacha Zala und Yves Steiner in einem Aufsatz von 2019. Beim Politischen Departement EPD, dem Vorläufer des heutigen Auswärtigen Departements EDA, bestanden «keine ausserordentlichen Sympathien für die zionistische Bewegung», schreiben die Autoren. Die in den Gründungsjahren sozialistisch anmutenden Tendenzen Israels seien beim stark antikommunistisch eingestellten EPD mit gewisser Skepsis beurteilt worden, da man eine Annäherung Israels an die Ostblock-Staaten befürchtete.

Der militärisch bedrohte Kleinstaat wird bewundert

Aus Rücksichtnahme auf die «nicht unbedeutenden Handelsbeziehungen» zu den arabischen Staaten wurde die Anerkennung Israels vom Bundesrat zunächst aufgeschoben. Sie wurde erst im Frühjahr 1949 vollzogen, als andere europäische Staaten diesen Schritt bereits getan hatten.

In der Schweizer Bevölkerung hingegen genoss der junge Staat jedoch schon bald viel Sympathie. «Während der 1950er-Jahre und dann verstärkt in den 1960er-Jahren baute sich in der Schweizer Bevölkerung eine regelrechte Israeleuphorie auf, die mit dem Sechstagekrieg

1967 ihren Höhepunkt erreichte», sagt die Historikerin Christina Späti von der Universität Freiburg. Zunächst innerhalb der Linken, wo man die in der Praxis verwirklichten sozialistischen Ideen der Kibutz-Bewegung bewunderte. Parteiübergreifend sah man Parallelen zwischen Israel als militärisch bedrohtem Kleinstaat und der Situation der Schweiz im Zweiten Weltkrieg.

In bürgerlichen Kreisen habe die Schlagkraft der israelischen Armee, die ebenfalls aus Milizsoldaten bestand, viele Bewunderer gehabt, so Späti. Mit der immer eindeutiger werdenden Positionierung Israels im westlichen Lager und der Hinwendung vieler arabischer Länder zu Moskau wurde auch die Israel-Skepsis der Schweizer Diplomatie geringer.

Ein streng bewachtes historisches Jubiläum

1200 Gäste kommen auf Einladung der World Zionist Organization (WZO) am Sonntag und Montag nach Basel. Am Montagabend findet im Stadtcasino ein Galadiner statt, dem auch Israels Staatspräsident Isaac Herzog beiwohnt. An diesem Ort hatte genau 125 Jahre zuvor auf Einladung von Theodor Herzl der erste Zionistenkongress stattgefunden, der im Nachhinein als Ereignis von erheblicher welthistorischer Bedeutung betrachtet wird. Die noch junge zionistische Bewegung verabschiedete damals das Basler Programm, welches «die Schaffung einer Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina» zum Ziel hatte.

Der Kanton Basel-Stadt hat für das Sicherheitsdispositiv 5,5 Millionen Franken budgetiert. 700 Armeeingehörige unterstützen die lokalen Behörden. Es kommt zu Einschränkungen in der Luftraumnutzung und Strassensperrungen. (cbe)

Im Laufe der 1970er-Jahre rückte, auch aufgrund der Flugzeugentführungen und Terroranschläge, das Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge stärker ins öffentliche Bewusstsein. Zusätzlich zeigte die Ölkrise von 1973 auf, dass der Nahostkonflikt auch hierzulande ökonomische Konsequenzen haben kann: «Es ging ans Eingemachte und die Einsicht wuchs, dass man mit den arabischen Staaten ein Einvernehmen finden musste», sagt Professorin Späti. Die in den Augen der israelischen Armee begangenen Massaker im Libanonkrieg 1982 sorgten für ein endgültiges Ende der Israel-Euphorie in weiten Teilen der Linken.

Wenn sich die Wut auf Juden gegen Israel richtet

Die Debatte um die nachrichtenlosen Konten in den 1990er Jahren hingegen sorgte in bürgerlich-konservativen Kreisen für Unmut gegenüber Israel – obwohl sich der Staat in der Diskussion weitgehend zurückhielt. Doch in ihrem Zorn über die von jüdischen Organisationen erhobenen Forderungen nach einer Aufarbeitung der Rolle der Schweizer Banken im Zweiten Weltkrieg und einer Rückerstattung der Vermögen «hat ein Teil der Öffentlichkeit, vor allem in konservativen Kreisen, die Juden mit dem Staat Israel gleichgesetzt», erklärt Historikerin Christina Späti. Das habe man etwa in zahlreichen Leserbriefen aus bürgerlichen Kreisen feststellen können.

Heute sieht das wieder anders aus: Die Parlamentarische Gruppe Schweiz - Israel wird von bürgerlichen Politikern dominiert. Das habe verschiedene Gründe: «Israel hat sich in den letzten Jahren politisch nach rechts bewegt. In ganz Europa bewundern rechtsbürgerliche bis rechtspopulistische Parteien Israel für seine Wehrbereitschaft und solidarisieren sich aufgrund des vermeintlich gemeinsamen Feindes, der muslimischen Welt, mit dem Staat.»